



»Ohne Hoffnung wäre ich nicht Umweltminister«

Interview mit Sigmar Gabriel Seite 2

Nicht alles Gold was glänzt
Goldabbau in Ghana. Reportage Seite 4

Ex-Weltbank-Chefökonom fordert WTO-Sanktionen gegen die USA

US-Klimapolitik verzerrt den Wettbewerb Seite 4

Editorial



SVEN HARMELING
Leiter des Germanwatch-Projekts für Klimaschutz und Armutsbekämpfung

Liebe Leserin, lieber Leser, der Umweltschützer Arved Fuchs und seine Crew beobachteten kürzlich auf ihrer Segel-Expedition nach Grönland, wie schnell die Gletscher der Arktis schmelzen. Ähnlich dramatisch ist die Lage in den Alpen und im Himalaja. Der Klimawandel ist Realität, und er beeinflusst bereits heute das Leben vieler Menschen weltweit. Dies zeigen auch die Eindrücke des Germanwatch-Geschäftsführers Christoph Bals im indischen Laddakh im Himalaja (Seite 3).

Gleichzeitig wächst die Hoffnung: Immer mehr Menschen und Initiativen setzen sich für den Schutz des Klimas ein. Jetzt muss die Politik bei den UN-Klimaverhandlungen in Nairobi die richtigen Weichen stellen, besonders zur Frage der globalen Klimagerechtigkeit. Hier gibt es eine eklatante Schieflage, wie auch der neue Klima-Risiko-Index von Germanwatch zeigt (Seite 3).

Im kommenden Jahr will und muss sich Deutschland als EU- und G8-Präsident besonders für Fortschritte beim Klimaschutz, beim Thema Energie, bei der Armutsbekämpfung und Entwicklungspolitik einsetzen. Germanwatch wird dies genau beobachten und in dieser wegweisenden Zeit besonders aktiv sein, auch jetzt vor Ort in Nairobi.

Eine spannende Lektüre wünscht Ihnen

Sven Harmeling



Warum ich Germanwatch wichtig finde



ARVED FUCHS
Expeditionsleiter und Buchautor, gerade aus Grönland zurückgekehrt

Der Klimawandel ist nirgendwo so deutlich abzulesen wie in der Nordpolarregion. Die Arktis ist eine Art Frühwarnsystem, dort vollzieht sich der Wandel besonders dramatisch. Die Gletscher schmelzen ab, die Eisdecke auf dem Nordpolarmeer geht drastisch zurück. Mit den Folgen der Klimaerwärmung werden alle Klimazonen und alle Menschen dieser Erde konfrontiert werden.

Germanwatch stellt ein wichtiges Bindeglied dar, indem es eine allgemein verständliche Übersetzung der Problematik liefert und sich seit Jahren für den Klimaschutz einsetzt. Der Klimawandel betrifft uns alle – Germanwatch hat das rechtzeitig erkannt.

Für den Klimapolitik-Wandel!

Das Klima wandelt sich – kommt endlich auch die Wende in der Klimapolitik?



Vertrocknete Flüsse: Am Amazonas herrscht das zweite Jahr in Folge eine bislang nicht gekannte Trockenheit. Der gesamte Regenwald droht binnen weniger Jahrzehnte zur Steppe zu werden. Das Amazonasgebiet ist einer der Kipp-Punkte im globalen Klimasystem: Das sind Schwellenwerte, die – erst einmal eingetreten – Veränderungen anstoßen, die nicht mehr gestoppt werden können. Wo diese Kipp-Punkte liegen, was die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse dazu sind und was getan werden muss, um das Kippen des globalen Klimas zu verhindern, berichtet Germanwatch-Geschäftsführer Christoph Bals in einem Artikel für das neue »natur & kosmos«. Kostenloser Download unter www.germanwatch.org/klima/kosmos06.htm

Erst wurde bestritten, dass das Klima sich wandelt. Dann, dass der Mensch dafür verantwortlich sei. Und dann, dass der Klimawandel gefährlich sei. All dies sind Debatten von gestern. Der wissenschaftliche Befund ist eindeutig. Wohin man schaut, erteilt das Wetter weiteren Anschauungsunterricht. Beim jetzt beginnenden UN-Klimagipfel in Nairobi wird man sehen, ob die internationale Politik die Zeichen der Zeit erkennt.

Die Verdrängungsstrategien werden löchrig, von Hurrikans zerfetzt, von Hitze-Wellen gekocht, von einem zunehmend risikobewussten Finanzmarkt durchbohrt. Von Opfern des Klimawandels werden große Verursacher, die bewusst eine Nebelkerze nach der anderen gezündet haben, auf Schadensersatz verklagt – wie jüngst sechs Auto-konzerne, darunter Daimler-Chrysler, vom Staat Kalifornien. Zurecht hat die britische Wissenschaftsakademie Royal Society das reichste Unternehmen der Welt, Exxon – in Deutschland Esso – aufgefordert, endlich die Finanzierung von dubiosen Skeptikervereinen einzustellen, die den Klimawandel bis heute bestreiten.

Apollo-Allianz: In neun Jahren zum Mond, in zehn Jahren zum Klimaschutz

Neue Allianzen bilden sich: In den USA hat die »Apollo-Allianz« ein breites gesellschaftliches Bündnis geschmiedet. Einst hatte US-Präsident Kennedy angekündigt, dass die Amerikaner in einem Jahrzehnt auf dem Mond landen werden. In neun Jahren war der verwegene Plan geglückt. Die Apollo-Allianz will jetzt durchsetzen, dass die USA in höchstens zehn Jahren auf der Erde einen großen Schritt für die Menschheit machen: einen Schritt zu mehr Klimaschutz.

In Deutschland hat die katholische Bischofskonferenz ein beachtenswertes Plädoyer für den Klimaschutz vorgelegt, das angesichts des Klimawandels eine dreifache

Gerechtigkeitsfrage stellt: Gerechtigkeit gegenüber den Betroffenen in Entwicklungsländern, die fast keine Emissionen freigesetzt haben, aber jetzt schon am schutzlosesten den Klimaänderungen ausgesetzt sind; Gerechtigkeit gegenüber künftigen Generationen, die gar keine Emissionen freigesetzt haben, deren Zukunft aber verdunkelt wird; und Gerechtigkeit gegenüber der Natur, denn der Klimawandel droht die wichtigsten Zentren der Artenvielfalt zu Wasser und zu Land zu vernichten, die Korallenriffe und den Amazonas-Regenwald.

Nie waren die Chancen für eine Klimapolitik-Wende besser

Noch steigen die Emissionen weltweit. Aber nie waren die Chancen für eine ernsthafte Klimawende der Politik besser. Es spricht viel dafür, dass sich kein künftiger US-Präsident die gnadenlose Klima-Ignoranz eines George W. Bush leisten kann. Es mehren sich die Anzeichen, dass die chinesische Regierung das Emissionswachstum zumindest eindämmen will. Unternehmens-Chefs wie David Crane vom großen US-Energieversorger NRG schwant, dass der Klimawandel nicht einfach eins von vielen Unternehmensrisiken ist. »Wir sprechen hier über die Art von Herausforderung für Unternehmen, die es vielleicht einmal in hundert Jahren gibt.«

Einige politische Instrumente haben sich bewährt. Das Kyoto-Protokoll hatte Ausstrahlungskraft genug, um gegen den Widerstand der (Emissions-)Supermacht USA in Kraft gesetzt zu werden. Der EU-Emissionshandel hat die Investitionskalkulation bei allen Großemittenten verändert. Er hat – anders als in anderen Weltregionen – bei steigenden Gaspreisen den Umstieg auf Kohle weitgehend verhindert. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein Erfolgsmodell, das weltweit kopiert wird.

Deutschland hat im ersten Halbjahr 2007

sowohl die EU-Präsidentschaft als auch die G8-Präsidentschaft inne. Bundeskanzlerin Merkel hat jetzt angekündigt, dass das Klimathema dabei oben auf der Tagesordnung stehen soll. Die Erwartungen an Deutschland sind gewaltig. Denn in dieser Zeit müssen die Weichen gestellt werden, damit die EU sich zu dem notwendigen 30-Prozent-CO₂-Reduktionsziel bis 2020 durchringen kann. Soll das glaubwürdig geschehen, müssen ernsthafte Instrumente für die Energieeffizienz im Auto- und Flugverkehr sowie im Gebäudebestand auf den Weg gebracht und die Grundlage für einen Kraftwerkspark gelegt werden, der ohne Atomkraft eine 80-prozentige Reduktion der Treibhausgase bis 2050 einläutet.

Verursacher müssen Klimaschäden bezahlen

Beim jetzt beginnenden Klimagipfel in Kenia steht die Situation der Entwicklungsländer im Mittelpunkt. Angesichts der sich abzeichnenden verheerenden Konsequenzen des Klimawandels wird es vor allem darum gehen, ob die Hauptverursacher – die Industrieländer – die Anpassungsmaßnahmen für die Hauptbetroffenen – besonders die Landbevölkerung in Entwicklungsländern – großzügig mitfinanzieren. Diese Frage nach einem zielgenauen Mechanismus, durch den Verursacher zur Kasse gebeten und die Betroffenen wirkungsvoll unterstützt werden, ist zum zweiten Eckpunkt der Klimadebatte geworden.

Emissionen zu senken, um das Unbewältigbare – einen gefährlichen Klimawandel – zu vermeiden. Und die Finanzierung von Anpassungsstrategien, um das Unvermeidbare – die Schäden durch schon geschehene Klimaänderungen – zu bewältigen. Es lohnt sich, die Tür für diese beiden Säulen der Klimapolitik weit aufzustoßen. Es lohnt sich für uns alle.

CHRISTOPH BALS

Politischer Geschäftsführer Germanwatch



Mit dem Haikutter vor Grönland: Wegen der Klimaerwärmung schmelzen Eisberge und Gletscher immer schneller, wie der Umweltschützer Arved Fuchs und sein Team bei Messungen feststellten.

Herr Gabriel, Finanzminister Peer Steinbrück empfiehlt, mal auf einen Urlaub zu verzichten, um das Klima zu schonen. Haben auch Sie unbequeme Empfehlungen für uns Bürger parat?

Es gehört ja zu den hartnäckigsten Vorurteilen, dass Umwelt- und Klimaschutz Verzicht und Abstinenz bedeuten. Allein das Wort Energiesparen löst bei vielen solche Vorstellungen aus. Ich rede lieber von Energieeffizienz. Die hilft uns, unsere Energiekosten zu senken und nützt auch dem Klima – ohne Einbußen an Lebensqualität.

Um das Schlimmste beim Klimawandel zu verhindern, müssen nach Meinung führender Klimawissenschaftler bis Mitte des Jahrhunderts die Treibhausgase der Industrienationen um 80 Prozent gesenkt werden. Sind dafür nicht auch Änderungen im energieverschwendenden Lebensstil der Industrieländer nötig?

Es ist kein Verlust an Lebensqualität, wenn moderne Kühlschränke, Fernseher, Computer, Autos weniger Energie verbrauchen als ihre jeweiligen Vorgänger. Und wenn beispielsweise Häuser energetisch saniert werden, dann lassen sich alleine dadurch häufig 80 Prozent Heizenergie einsparen. Deshalb fördert die Bundesregierung solche Maßnahmen auch und ich kann das jedem Hausbesitzer nur empfehlen. Zudem senkt das die Heizkostenrechnung ganz erheblich. Nicht zuletzt setzen wir darauf, bei der anstehenden Erneuerung im deutschen Kraftwerkspark mehr Erneuerbare Energien und deutlich effizientere Kraftwerke ans Netz zu bringen. Es geht darum, in allen Bereichen Energie effektiver zu nutzen.

Wissenschaftler schließen nicht aus, dass es in Sachen Klima viel schlimmer kommt, als bisher angenommen. Haben Sie überhaupt noch Hoffnung, dass wir das Klimaproblem lösen?

Wenn ich keine Hoffnung hätte, wäre ich nicht Umweltminister. Aber Sie haben Recht – die wissenschaftlichen Erkenntnisse werden immer beunruhigender. Gleichzeitig sagt die Wissenschaft auch: Wir können das Schlimmste noch verhindern – wenn wir jetzt entschieden handeln. Das heißt: In den nächsten zehn bis 15 Jahren müssen wir die Energiesysteme weltweit in die richtigen Bahnen lenken. Und das ist mit den existierenden Technologien möglich. Hier kann Deutschland noch stärker eine Vorreiterrolle übernehmen.

Woher nehmen Sie diese Zuversicht?

Als Hochtechnologiestandort haben wir in Deutschland allerbeste Chancen, Lösungsmöglichkeiten zu finden. Hier haben wir etwas zu bieten, was es nicht überall auf der Welt zu kaufen gibt: Hochwertige, innovative Produkte

»Ohne Hoffnung wäre ich nicht Umweltminister«

Die Forschungsergebnisse der letzten Monate zum Klimawandel sind erschreckend. Dennoch steigen die Treibhausgasemissionen weltweit weiter an. Wir befragten Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, was er politisch dagegen tun will.

der klimaschonenden Energieproduktion. Der Emissionshandel mit seinen flexiblen Mechanismen bietet hervorragende Chancen – für Klimaschutz und für Export, für Wachstum und Beschäftigung gleichermaßen.

Tatsache ist doch, dass das Kyoto-Protokoll alleine bisher keine Wende gebracht hat...

... das Kyoto-Protokoll ist dennoch ein Meilenstein im internationalen Umweltschutz, denn es setzt erstmals völkerrechtlich verbindliche Obergrenzen für Treibhausgasemissionen und führt Marktmechanismen zur kostengünstigen Emissionsminderung ein. Und die zeigen bereits heute ihre Wirkung. Mit dem EU-Emissionshandel hat die Emission jeder Tonne CO₂ jetzt einen Preis. Damit werden Anreize zur Minderung gesetzt. In Deutschland werden wir auch deshalb das Kyoto-Ziel – eine Minderung der Emissionen um 21 Prozent bis 2012 gegenüber 1990 – erreichen. Für die Zeit danach müssen neue, wesentlich anspruchsvollere Reduktionsziele vereinbart werden.

Halten Sie hierzulande noch größere Reduktionen überhaupt für möglich? Bundeskanzlerin Merkel legte kürzlich den Grundstein für das größte Braunkohlekraftwerk der Welt in Neurath. Das sieht nicht nach einer alternativen Energiepolitik aus.

Ja, ein Umsteuern ist nicht nur möglich und ökologisch notwendig, sondern auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Wirtschafts- und Umweltpolitik sind keine Gegensätze. Darin sind wir uns in der Bundesregierung einig. Energiepreise belasten Industrie und private Haushalte immer stärker. Hohe Energie- und Ressourceneffizienz werden somit zunehmend zum Wettbewerbsvorteil – auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Klima- und Umweltschutz wirken deshalb als Motor für Innovationen, Technologieexporte und mehr Arbeitsplätze – gute Beispiele hierfür sind die Windkraftbranche und die Anbieter von Energietechnologien.

Nochmals gefragt: die Stromkonzerne planen

eine ganze Reihe neuer Kohlekraftwerke in Deutschland, die 40, 50 Jahre in Betrieb sein werden. Behindern die Konzerne damit nicht ihre ehrgeizigen Reduktionsziele?

Wenn wir im Jahr 2020 rund 25 Prozent des Stroms mit erneuerbaren Energien erzeugen, ist dies ein wichtiger Schritt – aber auch

»Wir können das Schlimmste noch verhindern – wenn wir jetzt entschieden handeln.«



SIGMAR GABRIEL
Bundesumweltminister,
will in Nairobi für deutliche
Emissionsreduktionen
nach 2012 eintreten

dann bleiben 75 Prozent übrig. Womit sollen die erzeugt werden, wenn nicht mit fossilen Energien? Genau deshalb brauchen wir Investitionen in moderne, hocheffiziente Gas- und Kohlekraftwerke. Wir brauchen – und das meine ich ausdrücklich auch als Sozialdemokrat, der sich an die Seite der Industrie stellt – auch den technischen Fortschritt zur Lösung unserer Probleme. Deshalb unterstützen wir Clean-Coal-Technologien mit dem Ziel, dass in Deutschland bis 2015 erste industrielle CO₂-freie Kohlekraftwerke entstehen.

Sie meinen damit Kohlekraftwerke, deren CO₂-Emissionen aufgefangen und gelagert werden. Diese Technologie der CO₂-Speicherung in geologischen Formationen ist aber noch in der Forschungs- und Erprobungsphase. Dennoch sollten alle neugebauten Kraftwerke später potentiell mit dieser Technik nachgerüstet werden können. Werden Sie dies bei allen Kraftwerksneubauten vorschreiben?

Einen Schritt nach dem anderen, wir betreten hier technologisches Neuland. Bei der CO₂-Abscheidung und Speicherung sind noch etliche Fragen zu klären. Hierzu gehört vor allem, wie man die dauerhafte Sicherheit der

CO₂-Speicher gewährleisten kann, aber auch die Frage späterer Nachrüstungsmöglichkeiten von bestehenden Kraftwerken. Wir prüfen diese Fragen intensiv.

Auch in anderen Bereichen sieht es nicht gut aus. Die Europäische Autoindustrie zum Beispiel hinkt ihrer freiwilligen Selbstverpflichtung hinterher. Wird die Bundesregierung die EU darin unterstützen, rechtliche Emissionsreduzierungen durchzusetzen?

Die europäischen Autohersteller haben der EU-Kommission versprochen, den durchschnittlichen CO₂-Ausstoß neuer Pkw bis 2008 auf 140 Gramm pro Kilometer abzusenken – und bis 2012 sogar auf 120 Gramm. Meine Sorge ist, dass die Autohersteller ihre Zusage nicht einhalten. Sollte es so kommen, werde ich dafür eintreten, dies auf EU-Ebene durch verbindliche Maßnahmen zu erreichen.

Ein weiterer Klimakiller ist der stetig steigende Flugverkehr. Werden Sie in der Zeit der deutschen EU-Präsidentschaft durchsetzen, dass der EU-Flugverkehr in den Emissionshandel einbezogen wird? Und werden Sie den Wettbewerbsvorteil für das Kerosin, den klimaanverträglichen Energieträger, abbauen und eine Kerosinabgabe oder -steuer einführen?

Die EU Kommission prüft derzeit, den Flugverkehr in den Emissionshandel einzubeziehen. Ich unterstütze das. Bei richtiger Ausgestaltung kann die Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel ein sehr starkes, effektives Instrument sein.

Für welche konkreten klimapolitischen Maßnahmen werden Sie sich beim UN-Klimagipfel in Nairobi einsetzen?

In Nairobi müssen wir den Rahmen für ambitionierte internationale Klimaschutzregeln nach dem Jahr 2012 verhandeln. Das wird nicht einfach, denn die Ziele und Bedürfnisse der Verhandlungsparteien sind sehr unterschiedlich. Die Industrieländer – allen voran Deutschland und die EU – werden deutlich machen müssen, dass sie zu weiteren, deutlichen Emissionsreduktionen nach 2012 bereit sind. Gleichzeitig ist klar, dass auch die wichtigen Schwellen- und Entwicklungsländer künftig eine aktivere Rolle übernehmen müssen. Ein weiteres Thema wird die Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen sein. Hier haben die Entwicklungsländer ein berechtigtes Anliegen, allerdings sind die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen auch nicht unerschöpflich.

INTERVIEW: HORST HAMM (NATUR & KOSMOS), RALF WILLINGER, CHRISTOPH BALS (BEIDE GERMANWATCH)

Deutschland hat mit dem dynamischen Wachstum der Erneuerbaren Energien weltweit für Aufsehen gesorgt. Dieses Wachstum muss für die nächsten Jahre aufrechterhalten und ausgedehnt werden, z.B. auf den Wärmebereich, um den Innovationsmotor Klimaschutz auf Hochtouren zu bringen. Die beim Energiegipfel Anfang Oktober prominent diskutierte Energieeffizienz wartet aber immer noch auf entscheidende Impulse durch die Bundesregierung.

Trotz der vorzeigbaren Erfolge sollte sich Bundesumweltminister Sigmar Gabriel auf kritische Fragen beim UN-Klimagipfel in Nairobi vorbereiten. »Wie passen

Kommentar

Eine Frage der (Klima-)Gerechtigkeit



SVEN HARMELING
Leiter des Germanwatch-Projekts für Klimaschutz und Armutsbekämpfung

die Ankündigungen der Bundesregierung, die Gefahren des Klimawandels für die Entwicklungsländer ernstzunehmen, dazu, dass in Deutschland riesige neue Kohlekraftwerke gebaut werden?« könnte ein Kenianer zurecht fragen.

Die CO₂-arme Kohleverstromung, von Sigmar Gabriel als Clean Coal bezeichnet, muss angesichts der stark wachsenden Kohlenutzung in China, Indien, Brasilien oder Südafrika ernsthaft geprüft werden, mit kritischem Blick auf die Risiken und technischen Fragezeichen. Noch ist diese Technologie, bei der CO₂ in geologische Formationen eingelagert wird, Zukunftsmusik – und dennoch müssen neue Kohlekraftwerke auf eine mögliche spätere Umrüstung zur CO₂-Abscheidung und -Lagerung vorbereitet sein.

In Nairobi werden die zunehmend katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels auf die ärmsten Länder im

Mittelpunkt stehen. Die Entwicklungsländer erwarten zurecht stärkere Unterstützung bei der Anpassung an die Folgen der Klimaerwärmung, aber auch weitergehende CO₂-Reduktionsangebote der EU und Maßnahmen der Technologiekooperation. Sigmar Gabriel sollte in Nairobi ein offenes Ohr für die Anliegen dieser Länder haben und diese Fragen während der kommenden deutschen G8-Präsidentschaft vorantreiben.

Ein Schwerpunkt dieser Präsidentschaft wird die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele in Afrika sein. Werden hier Fortschritte erzielt, so sind die Menschen auch gegenüber den Folgen des Klimawandels weni-

ger anfällig. Ob diese Ziele bis 2015 in Afrika ohne einen Quantensprung bei der Anpassung an die Klimaveränderungen noch erreicht werden können, ist mehr als fraglich. Die G8, die größten Volkswirtschaften der Welt, sind die Hauptverursacher des Klimawandels – sie müssen deshalb die Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern zu großen Teilen mitfinanzieren. Denn die Betroffenen des Klimawandels – vor allem die Menschen in ländlichen Regionen der ärmsten Länder – dürfen mit der Bewältigung der Folgen nicht länger alleine gelassen werden. Das ist keine Frage des Mitleids, sondern der (Klima-)Gerechtigkeit.

Eine Hochkultur schmilzt weg

In Laddakh im Himalaja verschwinden die Gletscher – und damit die Lebensgrundlage der Menschen



Gärten auf dem Dach der Welt: Noch wachsen in Laddakh Gerste, Möhren und Aprikosen – dank eines Bewässerungssystems mit Gletscherwasser.

Laddakh – eine Steinwüste im Himalaja, bizarre Felsen und Sand wohin man schaut. Dort wo Gletscherwasser den Berg hinunter kommt, wird es kunstvoll aufgestaut, abgezweigt, durch teilweise kilometerlange kleine Kanäle zu den »Oasen« geleitet. Unglaublich, dass es die Menschen in dieser Hochebene seit mehr als zwei Jahrtausenden schaffen, in den drei bis vier Monaten der Wachstumsperiode in den Oasen genug für den Rest des Jahres zu ernten. Gerste, Lauch, Möhren, ja selbst Aprikosen wachsen hier in 3500 Meter Höhe auf dem »Dach der Welt«. Faszinierend, dass die Menschen hier nicht nur eine Subsistenzwirtschaft aufgebaut haben, sondern eine Hochkultur mit buddhistischen Klöstern, in der Hungersnöte nicht bekannt waren.

Viel hat sich geändert in den letzten drei Jahrzehnten in Laddakh im Norden Indiens – durch die starke Präsenz des Militärs in der Grenzregion zu Pakistan und China, wohl mehr noch durch die Touristen, die seit den 70er Jahren kommen dürfen. Doch weit mehr an Wandel steht der Region bevor. »Es ist wärmer geworden«, sagt uns bereits heute die Tochter eines Bauern auf die Frage, was sich am meisten gewandelt habe. Im Juli sollen es tagsüber 15 bis 20 Grad

sein, doch es waren um die 30 Grad. Nachts waren es 15 bis 20 Grad, doch da liegen die Temperaturen normalerweise um den Nullpunkt. In den Flüssen und Bächen rauscht das Gletscherwasser. Doch auf Satellitenbildern kann man sehen, wie schnell die Gletscher im Himalaja schmelzen. Noch in diesem Jahrhundert sollen sie weitgehend verschwunden sein. Es ist völlig unklar, ob und wie die 150.000 Menschen in Laddakh mit dieser Entwicklung zurecht kommen werden.

Mit einer Gruppe von Studenten aus Laddakh diskutieren wir das Problem und Handlungsmöglichkeiten: Lässt sich die Gletscherschmelze verlangsamen, indem man zumindest einige davon im Sommer mit weißen Folien abdeckt, wie es in der Schweiz bereits getestet wird? Kann man Gletscherwasser auf die Nordseite von Bergen umleiten, wo der Frost

später weicht, um im Sommer einen verringerten Abfluss zu haben? Kann man Wasser vom Fuße des Himalaja nach oben pumpen?

Während wir diskutieren, fragt eine Studentin: »Und was ist mit Deutschland? Vor wenigen Tagen hat die Bundeskanzlerin dort den Grundstein für das größte Braunkohlekraftwerk der Welt gelegt. Werden die Bundesregierung oder RWE, die Treibhausgase

freisetzen und damit das Klima erwärmen, die notwendigen Maßnahmen hier mitfinanzieren? Oder werden sie uns ein Visum für Deutschland geben, wenn wir hier nicht mehr überleben können?«

CHRISTOPH BALS

Der Politische Geschäftsführer von Germanwatch war mit seiner Familie im Sommer für zwei Monate in Indien.

PERSPEKTIVEN FÜR AFRIKA

■ NGO-Forderungen an die deutsche EU-Präsidentschaft werden übergeben

Die EU ist global der wichtigste Akteur in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen, VENRO, wird gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen – darunter Germanwatch – die deutsche EU-Präsidentschaft kritisch und konstruktiv begleiten. Gemeinsam mit afrikanischen Partnerorganisationen wurde im VENRO-Projekt »Afrikas Perspektive – Europas Politik« ein Forderungskatalog an die deutsche EU-Präsidentschaft erarbeitet, der am 6. Dezember Bundesentwicklungsministerin Wiczozeck-Zeul öffentlich übergeben wird. Zwei der Themenschwerpunkte sind »Auswirkungen des Klimawandels und Anpassungsmöglichkeiten in Afrika« (koordiniert von Germanwatch-Projektleiter Sven Harmeling) und »Erneuerbare Energien«. Weitere Infos: www.germanwatch.org/klima/eu.htm

Klimawandel trifft arme Länder am härtesten

Neuer Klima-Risiko-Index vorgestellt – Germanwatch-Kampagne für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit wird fortgesetzt

Ist Klimawandel ein gesellschaftliches Randthema? Keineswegs. Gerade die junge Generation interessiert sich dafür: Der Ansturm von Schulklassen auf die Germanwatch-Konferenz zu Klimawandel und Armutsbekämpfung im Jahr 2005 war so groß, dass bei über 200 Teilnehmern mehreren Schulklassen abgesagt werden musste. Die Germanwatch-Klimaexpedition, die seit 2004 mit modernsten Satellitenbildern das Phänomen Klimawandel für einen Tag vom Weltall in die Schulen holt, ist ständig für viele Wochen im voraus ausgebucht. Sie ist Teil der Kampagne »Deine Stimme gegen Armut – Mach mit in NRW«, mit der sich das Eine-Welt-Netz-NRW für die Unterstützung der Millenniumsentwicklungsziele in Nordrhein-Westfalen engagiert.

Diese Eindrücke bestärken uns in unserem Engagement, Klimagerechtigkeit in Deutschland und international einzufordern. So ist Klimagerechtigkeit auch ein Hauptziel des neuen Germanwatch-Projekts zu Klimawandel und Armutsbekämpfung, das mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Anschluss an die dreijährige Klima-AUSBADE-Kampagne im Frühjahr gestartet ist.

Dass arme Länder besonders von extremen Wetterereignissen betroffen sind, zeigt der im Sommer erstmals vorgestellte »Klima-Risiko-Index« von Germanwatch. Der ebenfalls neue »Klimaschutz-Index« bewertet die Emissionen und die Klimapolitik der 53 größten Verursacherstaaten des Klimawandels. Über diese beiden Länderranglisten wurde in Medien und Fachkreisen breit berichtet. Beide werden derzeit gemeinsam mit internationalen Experten weiterentwickelt und jährlich neu veröffentlicht.

Auch die von Germanwatch mitentwickelte Initiative »atmosfair« schafft Klimagerechtigkeit: Damit können Einzelpersonen, Organisationen und Unternehmen ihre bei Flugreisen entstehenden CO₂-Emissionen kompensieren, indem sie für Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern spenden.

Wichtige Verbündete für mehr Klimagerechtigkeit sehen wir zudem in den deutschen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, mit denen wir verstärkt kooperieren werden. Denn ihre Hauptzielgruppe, die Ärmsten in Entwicklungsländern, sind besonders vom Klimawandel betroffen und benötigen Hilfe, um sich an die Klimaänderungen anpassen zu können.

SVEN HARMELING, Projektleiter

Weitere Infos: www.germanwatch.org/klima/entwicklung.htm, www.germanwatch.org/klima/ke.htm (u.a. Infos zur Anmeldung bei der Klimaexpedition für Lehrer, Schüler oder Eltern)



Gutgelaunt, aber auch in Sorge um die Zukunft: Studenten im indischen Himalaja.

Für mehr Klimaschutz und Klimagerechtigkeit! Helfen Sie mit!

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Mitglieder und Freunde, viele von Ihnen spüren es, spätestens seit der beispiellosen Hitzewelle diesen Sommer in Europa: Der Klimawandel ist auch bei uns angekommen. In anderen Regionen der Welt leiden die Menschen schon seit Jahren unter immer heftigeren Wetterextremen wie Überschwemmungen oder Dürren. 2005 und 2006 hat eine Rekorddürre sogar das sonst feuchte Amazonasgebiet hart getroffen.

Die Menschen in den ärmsten Ländern sind am stärksten vom Klimawandel betroffen, wie der Klima-Risiko-Index von Germanwatch zeigt, der diesen Sommer erstmals vorgestellt wurde und auf große Resonanz in Medien und Expertenkreisen traf.

Dieser Index verdeutlicht, was Germanwatch seit vielen Jahren fordert: Die Hauptverursacher des Klimawandels, die Industrienationen, stehen in der Pflicht: Sie müssen mit für die Schäden aufkommen, die ihr Produktions- und Lebensstil in anderen Ländern verursacht! Und sie müssen Ihre CO₂-Emissionen deutlich reduzieren!

Dafür werden wir uns auch beim UN-Klimagipfel in Nairobi energisch einsetzen! Deshalb bitten wir Sie: Helfen Sie uns bei unserem Engagement für mehr Klimaschutz und mehr Klimagerechtigkeit – damit den Worten von Politikern und Unternehmern auch Taten folgen! Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Ihre


Nicole Sasse
Germanwatch-Vorstand

Ja, ich unterstütze Germanwatch!

- Ich werde Mitglied von Germanwatch und zahle einen Monatsbeitrag von 12,50 Euro / ermäßigt 10 Euro.
- Ich werde regelmäßiger Förderer von Germanwatch mit einem monatlichen Beitrag von 5 Euro / 10 Euro / 20 Euro / Euro.
- Ich spende an Germanwatch einmalig / jährlich den Betrag von Euro.
- Buchen Sie den Betrag von meinem Konto ab: monatlich / jährlich

Konto-Nr.

Geldinstitut

BLZ

Datum

Unterschrift

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ

Ort

Tel.

E-Mail

Bitte einsenden an: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin

Ein Überweisungsträger liegt einem Teil dieser Zeitung bei. Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Bis zu einer Summe von 100 Euro gilt Ihr Zahlungsbeleg oder Kontoauszug als Spendenbescheinigung. Bei Beträgen über 100 Euro erhalten Sie Anfang nächsten Jahres eine Spendenbescheinigung.

Termine · www.germanwatch.org/termine

■ **Bad Boll, 1.-3.12.06:** Tagung »Hebel für Veränderung. Fürs Gemeinwohl stiften, spenden, investieren«, u.a. mit Klaus Milke. Veranstalter: Ev. Akademie Bad Boll u. Bewegungsstiftung. www.ev-akademie-boll.de

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Seit 1991 setzen wir uns dafür ein, die deutsche, europäische und internationale Politik am Leitbild der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten. Die so genannten Entwicklungsländer müssen die Chance zu einer eigenständigen Entwicklung bekommen.

Germanwatch bereitet den Boden für notwendige Veränderungen. Denn nur durch eine ökonomische und ökologische Umorientierung im Norden werden die Menschen im Süden unter menschenwürdigen Bedingungen leben können.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Entwicklungspolitik, Klimaschutz, Ernährungssicherung, Richtlinien für Unternehmen sowie die soziale und ökologische Gestaltung der Weltwirtschaft sind unsere Schwerpunkte.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit – siehe Coupon auf Seite 3. Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Im Internet: www.germanwatch.org
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 20 500). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Ralf Willinger. Layout: Udo Tremmel/Heiko von Schrenk, Berlin. Auflage 97.000. Diese Ausgabe wurde gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die Stiftung Umverteilen, die NRW-Auflage auch durch InWEnt (beantragt). Die hier vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Herausgeber bzw. der Interviewpartner wieder und stellen nicht die offizielle Meinung unserer Förderer dar.

Neue Germanwatch-Publikationen

- Artikel: Klimawandel – Die Welt am Scheideweg. Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/kosmos06.htm
- Interview: Der Klimawandel und die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) – ein Interview mit dem MDG-Beauftragten der Bundesregierung. Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/ohme06.htm
- Hintergrundpapier: Einbezug des Flugverkehrs in das Europäische Emissionshandelssystem. 8 Euro. www.germanwatch.org/klima/etfleu06.htm
- Literaturstudie: Ökobilanz von Bioethanol. 5 Euro. www.germanwatch.org/handel/eth06.htm
- Artikel: Das rühmliche Schlusslicht. Vision für ein autoärmeres Deutschland. Kostenlos. www.germanwatch.org/rio/mt06verk.htm
- Studie: Biogas – Einkommensalternative für Landwirte? 5 Euro. www.germanwatch.org/handel/biogas06.htm
- Studie: Auswirkungen des EU-Zuckerhandels auf Entwicklungsländer. Schwerpunkt Ostafrika (Kenia, Tansania und Uganda). 5 Euro. www.germanwatch.org/tw/zu-af06d.htm
- Dokumentation: Ethanol aus Zuckerrohr als Perspektive für AKP- und LDC-Länder. Dokumentation der Dialogveranstaltung IV in Bonn am 24. Mai 2006. 12 Euro. www.germanwatch.org/tw/zu06.htm
- Studie zur Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer: »...denn sie wissen genau, was sie nicht tun. Die Bundesländer stehen sich aus ihrer entwicklungspolitischen Verantwortung.« 8 Euro. www.germanwatch.org/ez/bulae06.htm
- Handbuch zum Vorgehen bei OECD-Beschwerden (englisch): Guide to the OECD Guidelines for Multinational Enterprises' Complaint Procedure – Lessons from Past NGO Complaints. Kostenlos. www.germanwatch.org/tw/oecd-gui06.htm
- Germanwatch-Rechenschaftsbericht 11/2005 – 9/2006. Kostenlos. www.germanwatch.org/gwselbst/rechb06.htm

Die hier gelisteten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer, Kampagneros und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung:

versand@germanwatch.org, telefonisch unter (0228) 60492-0, per Fax (0228) 60492-19, per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn

www.germanwatch.org/pub

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

Nicht alles Gold glänzt an der Goldküste

Der Goldabbau in Ghana geht auf Kosten von Bevölkerung und Umwelt



Verseuchtes Wasser: Durch Goldminen wie hier in Prestea verlieren viele Bauern in Ghana ihr Einkommen. Fast 30 Prozent der Fläche Ghanas ist als Konzession an Bergbauunternehmen vergeben.

■ **Anfang Juli, als die »Black Stars« aus Ghana noch zur Fußball-WM in Deutschland weilten, machte sich Cornelia Heydenreich auf die Reise an die »Goldküste« Afrikas: nach Ghana. Das wertvolle Mineral besichert Ghana nicht nur goldige Zeiten, zumindest nicht der Bevölkerung im Umfeld der Goldvorkommen. Nach einem zweitägigen Trainingsseminar zu den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen fuhr Cornelia Heydenreich mit der ghanaischen Nichtregierungsorganisation WACAM auf den Spuren des Goldabbaus durchs Land. Sie sah, wie rücksichtslos internationale Bergbauunternehmen gegen Umwelt und Bevölkerung vorgehen. Fast 30 Prozent der ghanaischen Fläche ist als Konzession an Bergbauunternehmen vergeben.**

Die Zeiten der romantischen Goldgewinnung sind vorbei: Es steht niemand mehr wie in Wild-West-Filmen

einem Sieb im Fluss und wäscht Gold. Auch der Abbau unter Tage gehört größtenteils der Vergangenheit an, denn die meisten unterirdischen Goldminen sind bereits ausgebeutet. Das aktuelle Geschäft gleicht eher dem Braunkohletagebau. Großflächig werden die obersten Erdschichten abgetragen, die Hauptarbeit erledigen Maschinen. Kaum einer der Dorfbewohner findet Beschäftigung, wenn in der Nähe der Goldbergbau beginnt. Oft wird dabei mit reichlich Sprengstoff nachgeholfen.

In der Kleinstadt Prestea bei Kumasi zittern bei den täglichen Sprengungen die Wände. Im Kreiskrankenhaus, das nur wenige hundert Meter von der Goldmine entfernt ist, haben sie schon lange Risse, und die Patienten schrecken bei jeder Sprengung aufs Neue hoch. Der Schutt der Mine hat auch



Vorsicht, Sprengung! Eine kanadische Bergbaufirma warnt in Prestea vor den täglichen Detonationen beim Goldabbau.

Klimapolitik: Stiglitz fordert WTO-Sanktionen gegen die USA

■ **Professor Joseph E. Stiglitz, der frühere Chef-Ökonom der Weltbank und Vorsitzende des ökonomischen Sachverständigenrats unter US-Präsident Clinton, betont, dass die US-amerikanische Klimapolitik die Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen verletze. Gemäß den Regeln der WTO sei ein Vorgehen gegen die USA möglich. Auch eine hochrangige Expertengruppe hat für die EU-Kommission jüngst ein solches Vorgehen vorgeschlagen. Hier Auszüge aus dem Essay »A New Agenda for Global Warming« von Joseph E. Stiglitz:**

»(...) Erfreulicherweise können die Rahmenbedingungen des internationalen Handels genutzt werden, um Staaten, die anderen Schaden, zu einem besseren Verhalten zu zwingen. Abgesehen von gewissen, in ihrer Anzahl begrenzten Ausnahmen (wie etwa in der Landwirtschaft), erlaubt die WTO keine Subventionen. Denn wenn einige Länder ihre Firmen subventionieren, bestehen keine gleichen Wettbewerbsbedingungen.

(...) In den meisten entwickelten Ländern der heutigen Welt zahlen Firmen die Kosten der globalen Umweltverschmutzung in Form von Steuern auf Kohle, Öl und Gas. Aber amerikanische Firmen werden subventioniert, und zwar in massiver Weise. Hier gibt es ein einfaches Gegenmittel: Andere Länder sollten den Import von amerikanischen Waren, die unter Verwendung energieintensiver Tech-

nologien produziert wurden, verbieten oder zumindest hohe Steuern auf diese verhängen, um diese Subventionierung auszugleichen.

Sogar die USA selbst haben dieses Prinzip gewürdigt. Sie verboten den Import von Thai-Shrimps, die in »Schildkröten-unfreundlichen« Netzen gefangen wurden (...). Obwohl die Art und Weise, wie die USA die Restriktion verhängt hatten, kritisiert wurde, hielt die WTO das wichtige Prinzip aufrecht, dass globale Umweltbelange begrenzte wirtschaftliche Interessen übertrumpfen (...).

Wenn man aber die Importbeschränkung von Shrimps zum Schutz von Schildkröten rechtfertigen kann, kann man selbstverständlich auch die Importbeschränkung von Gütern rechtfertigen, die mittels Technologien produziert wurden, die unsere wertvolle globale Atmosphäre verschmutzen. (...) Japan, Europa und die anderen Vertragspartner des Kyoto-Protokolls sollten unverzüglich eine Klage bei der WTO einreichen, welche die unfaire Subventionierung angreift. Denn amerikanische Firmen verfügen seit langem über unfaire Handelsvorteile aufgrund ihrer billigen Energie, aber während sie den Nutzen daraus ziehen, zahlt die Welt den Preis der globalen Erwärmung.«

Aus »The Economists' Voice«, Vol. 3, vom Juli 2006. Der Essay kann heruntergeladen werden unter www.heartland.org/pdf/19398.pdf

■ Ein Instrument bei Fehlverhalten von Unternehmen: Die OECD-Leitsätze

Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen bieten Gemeinden und Organisationen weltweit die Möglichkeit, bei Verletzung von Menschenrechten und Umweltstandards durch multinationale Unternehmen aus OECD-Ländern eine Beschwerde vorzubringen. Alle 22 bisherigen Beschwerdefälle aus Afrika stammen aus dem Bergbau-Sektor. Anfang Juli 2006 hat das internationale Netzwerk OECD Watch, dem Germanwatch angehört, ein Trainingsseminar zu den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen in Ghana organisiert. Die knapp 50 Teilnehmenden aus Ghana und umliegenden afrikanischen Ländern lernten, wie die Leitsätze in konkreten Fällen genutzt werden können. Ein Workshop wurde von Germanwatch-Referentin Cornelia Heydenreich geleitet, die seit fünf Jahren mit den OECD-Leitsätzen arbeitet. Germanwatch hat in Deutschland bisher drei Beschwerden gegen deutsche Firmen – darunter Bayer und Continental – eingereicht, die die Leitsätze im Ausland verletzt haben.

Englischsprachiges Handbuch zum Vorgehen bei OECD-Beschwerden kostenlos unter: www.germanwatch.org/tw/oecd-gui06.htm

schon die Polizeistation unter sich begraben. Durch eine besonders hohe Sprengladung wurde ein zwei Monate altes Baby aus dem Bett geschleudert und ist seitdem querschnittsgelähmt.

Ein weiteres Problem beim Goldbergbau ist der Einsatz von großen Mengen an Chemikalien, um das Gold aus der Erde zu lösen. Auch wenn es verträglichere Methoden gibt, setzen viele Firmen auf die ertragreiche, aber hochgiftige Variante mit Cyaniden. Immer wieder gibt es Lecks, es tritt Cyanid aus – d.h. Blausäure, eine der giftigsten Substanzen überhaupt – und verseucht das Trinkwasser.

Die Fortsetzung der Reportage von Cornelia Heydenreich, Germanwatch-Referentin für Unternehmensverantwortung, finden Sie im Internet unter www.germanwatch.org/corp/uv.htm

Dabei geht es unter anderem um den Verlust von Ackerland und damit der Lebensgrundlage der Bevölkerung, die Weigerung der Firmen, angemessene Entschädigungen zu zahlen, den Einsatz von Schlägertrupps gegen Gegner des Goldabbaus, die Rolle von IWF und Weltbank und den Kampf der ghanaischen Organisation WACAM für ein Ende der Missstände.

EINE UNBEQUEME WAHRHEIT



■ Neuer Kinofilm zum Klimawandel

»Hallo, ich bin Al Gore. Ich war mal der nächste Präsident der Vereinigten Staaten«. Der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore hat sich nach der verlorenen Präsidentschaftswahl im Jahr 2000 aufgemacht, um die Welt über den globalen Klimawandel zu informieren. Von dieser Klima-Tour berichtet der im Oktober in Deutschland angelaufene Film »Eine unbequeme Wahrheit«. Zitat: »Es bleiben uns nur noch zehn Jahre, um eine große Katastrophe abzuwenden, die das Klima unseres Planeten zerstören wird.« Was jetzt für den Klimaschutz getan werden muss und was jeder Einzelne dazu beitragen kann, ist ein Schwerpunkt dieses empfehlenswerten Films.

Eine Rezension des Films finden Sie unter: www.germanwatch.org/klima/gore06.htm